

B-48 Friedensreferent*innen in der Schulbildung

Gremium:	LAG Europa, Frieden und Internationales
Beschlussdatum:	25.05.2021
Tagesordnungspunkt:	NRW zukunftsfit machen – mit diesen Projekten fördern wir gerechte Bildung, die für ein Leben im Wandel rüstet (Bildung, Kita, Wissenschaft, Hochschule,...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Das Projekt fördert die Friedensbildung in NRW durch Erarbeitung eines Curriculums und der Schaffung von ca. 20 Vollzeitstellen für Friedensreferent*innen.

Friedensreferent*innen sind Rückkehrende aus Friedensprojekten, die Schüler*innen einen praktischen Bezug zu Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik vermitteln können. Zudem unterstützt das Projekt ehem. Friedensfachkräfte, die nach einem längeren Auslandsaufenthalt in Deutschland beruflich Fuß fassen wollen.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

praktische Einblicke in die Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Das Projekt könnte als Gegenprojekt zu den Jugendoffizieren verstanden werden. Dies muss es aber nicht unbedingt sein. Ob sich eine Schule für die Einladung von Jugendoffizieren ausspricht oder dagegen ist aber für das Projekt nicht direkt relevant; Friedensreferent*innen können völlig unabhängig davon tätig werden.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

Die Grünen sind seit Beginn ihrer Existenz als Friedenspartei bekannt. Das Projekt würde das grüne Profil in diesem Bereich noch schärfen.

Es ist wichtig, dass die Breite der Gesellschaft sich mit Themen der Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik auseinandersetzt und unterschiedliche Ansätze kennt. Friedensexpert*innen aus der Praxis sind hierfür die ideale Ressource.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich)?

In einer ersten Phase sollte ein Curriculum für Friedensbildung erarbeitet werden und die angehenden Friedensreferent*innen dazu geschult werden. Als Partnerorganisationen bietet sich z.B. Berghof oder die Akademie für Konflikttransformation an.

In einer zweiten Phase würden Friedensreferent*innen für jeweils 2 Jahre eingestellt, die den Schüler*innen aus erster Hand Friedenspolitik und Friedensbildung nahebringen können. Diese können entweder an einer Schule eingesetzt werden, wo sie den Unterricht in verschiedenen Fächern

bereichern, mit Schüler*innen Projekte umsetzen oder als Springer*innen an mehreren Schulen in einem Umkreis tätig werden.

Die Projektidee stützt sich auf das „BNE 2030“ Programm der UNESCO: „Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen“ und unterstützt besonders das SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“^[1]

^[1]<https://17ziele.de/ziele/16.html>

Friedensreferent*innen in der Schulbildung



Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Das Projekt fördert die Friedensbildung in NRW durch Erarbeitung eines Curriculums und der Schaffung von ca. 20 Vollzeitstellen für Friedensreferent*innen.

Dieses Projekt der Friedensbildung wäre von Vorteil für Schulen, die zusätzliche Lehrkräfte bekommen, die den Schüler*innen einen praktischen Bezug zu Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik vermitteln. Zudem wäre das Projekt von Vorteil für Friedensfachkräfte und Rückkehrer*innen, die nach einem längeren Auslandsaufenthalt in Deutschland beruflich Fuß fassen wollen.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Praktische Einblicke in die Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Chancen UND Schwachstellen/Angriffspunkte mit Blick auf Wähler*innen und Bündnispartner*innen

Das Projekt könnte als Gegenprojekt zu den Jugendoffizieren verstanden werden. Dies muss es aber nicht unbedingt sein. Ob sich eine Schule für die Einladung von Jugendoffizieren ausspricht oder dagegen ist aber für das Projekt nicht direkt relevant; Friedensreferent*innen können völlig unabhängig davon tätig werden.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen Zuspitzung?

Die Grünen sind seit Beginn ihrer Existenz als Friedenspartei bekannt. Dies würde das grüne Profil in diesem Bereich noch schärfen. Durch die Einbindung vielfältiger Referent*innen aus unterschiedlichen Berufsgruppen (NGO oder Internationalen Organisationen) kann auch eine Vielfalt von Friedensansätzen reflektiert werden.

Friedensbildung ist weitaus mehr als nur Sicherheitsbildung, sie besteht aus Kenntnissen, Fähigkeiten und vor allem einer adäquaten Haltung. Der Fokus des Curriculums sollte auf Handlungsoptionen (Schüler*innen als Akteure) für ein friedliches Zusammenleben liegen als auf der Analyse bereits bestehender Konflikte und Machtinteressen.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich)?

In einer ersten Phase sollte ein Curriculum für Friedensbildung erarbeitet werden und die angehenden Friedensreferent*innen dazu geschult werden. Als Partnerorganisationen bietet sich z.B. Berghof oder die Akademie für Konflikttransformation an.

In einer zweiten Phase würden Friedensreferent*innen für jeweils 2 Jahre eingestellt, die den Schüler*innen aus erster Hand Friedenspolitik und Friedensbildung nahebringen können. Diese können entweder an einer Schule eingesetzt werden, wo sie den Unterricht in verschiedenen Fächern bereichern, mit Schüler*innen Projekte umsetzen oder als Springer*innen an mehreren Schulen in einem Umkreis tätig werden.

Die Projektidee stützt sich auf das „BNE 2030“ Programm der UNESCO: „Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen“ und unterstützt besonders das SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“^[1]

[1] <https://17ziele.de/ziele/16.html>

Hintergrund

Seit 62 Jahren sind Jugendoffiziere der Bundeswehr damit beauftragt, Schülerinnen und Schülern die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik näher zu bringen. Im Jahr 2020 waren 77 Jugendoffiziere in Vollzeit dafür eingestellt, wobei sogar 92 Stellen vorgesehen sind.¹

Die Diskussion woraus sich der Bildungsauftrag der Bundeswehr begründet, sei an dieser Stelle erst einmal außen vorgelassen. Eine Frage, die sich dennoch stellt ist Folgende: Wo sind die Friedensfachkräfte, die Schüler*innen die deutsche Außen- und Friedenspolitik näherbringen?

Bisher gibt es nur vereinzelte Programme, in denen einzelne Stunden in Schulen über sehr geringe Honorare gefördert werden z.B. das Programm „Bildung trifft Entwicklung“², in dem Rückkehrer*innen aus der Entwicklungszusammenarbeit die Schulen besuchen können.

¹ <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/jugendoffiziere-bundeswehr> und <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5016406/0751bef53dac20763900f107d0f76f72/jahresbericht-jgdoffz-2020-data.pdf>

² https://eine-welt-netz-nrw.de/bildung_trifft_entwicklung/